

Archiv  
Vorstandes der Sozialdemokratie  
Pöbel Domsch



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24834 - 33  
Fernschreiber 0886690

P/XIV/37 - 14. Februar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
	Pläne, Pläne ... Ausweichen vor Kernfragen nicht mehr möglich	50
2	Belgrad und der sowjetische Friedensvertrags-Vorschlag Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	50
3 - 4	Sich selbst und Pankow überlassen Zwischen Bukarest und Ostberlin wurde ein Kulturplan unterzeichnet	72
5	DRF mit Fackelzug Angriffe auf die Demokratie - Wer inseriert in "Reichsruf" ?	33
6	Wetterleuchten über Persien Innere Machtkämpfe als Ausgangspunkt außenpolitischer Krise ?	39

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

### Pläne, Pläne ...

sp - Es ist nicht mehr genau festzustellen, wieviel Pläne im Augenblick geheim und öffentlich zur Überwindung der Krise in der bisherigen Deutschland-Politik diskutiert werden. Was die Russen wollen, haben sie durch ihren Vorstoß in der Berlin-Frage und durch den sogenannten Friedensvertrags-Vorschlag gesagt. Im Westen besteht Einmütigkeit darüber, daß die Ziele der Moskauer Initiativen abzulehnen sind.

Die Unübersichtlichkeit beginnt - und das muß immer wieder gesagt werden, damit es nicht in Vergessenheit gerät und damit keine Illusionen aufkommen können - bei allen Überlegungen in der Frage, wie den sowjetischen Initiativen wirksam begegnet werden kann.

Die Vielzahl westlicher Pläne und Vorstellungen, bei denen sich jetzt immerhin Begriffe wie "Disengagement", der Rapacki-Plan, das Herantasten an die Idee einer Konföderation als Übergangslösung zur Wiedervereinigung Deutschlands, die kontrollierte Abrüstung und schließlich sogar "Gespräche unter Deutschen, in welcher Form auch immer" herauszuschälen, haben - mit unterschiedlichen Nuancierungen und Bewertungen - alle eines gemeinsam: Sie gehen von der offenbar nicht mehr diskutierten Feststellung aus, daß die bisherige Deutschland-Politik nicht zum gewünschten Ergebnis geführt hat.

In den USA, wo Senator Mansfields Vorschläge einen Wirbel ausgelöst haben, wo das Für und Wider seiner Ideen gerade in diesen Tagen heftig diskutiert wird, gibt es bei aller Unterschiedlichkeit der Bewertung dieses aufsehenerregenden Vorstoßes zwischen Befürwortung und Ablehnung einen Grundton: Das Herumschleichen um die Kernprobleme unserer europäischen Politik und die ständig sich steigern-  
de Kriegsgefahr mußte durch neue Initiativen durchbrochen werden.

Unter diesem Eindruck einer Art schonungslosen Zwischenbilanz der bisherigen Deutschland-Politik stehend, hat zweifellos auch die Vierer-Arbeitsgruppe der Westmächte bei ihren jetzt bekanntgewordenen Vorschlägen zur Begegnung der sowjetischen Initiativen eine gewisse Beweglichkeit entwickelt, die zwar reichlich spät kommt, im Interesse der Sache aber trotzdem begrüßt werden muß. Die Überlegung, man könnte zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt von Ost-West-Verhandlungen auch amtliche Berater aus Bonn und Pankow heranziehen, ist zwar nicht neu, wurde bisher jedoch immer als "Aufweichung" oder sogar "Verrat an der guten Sache des Westens" bezeichnet. Nun, da die offizielle amerikanische Politik jetzt selbst diese Idee zur Diskussion stellt und einflußreiche Senatoren der Parlamentsmehrheiten sogar noch weitergehen, wird sie "hoffähig".

Entscheidend in diesem Entwicklungsprozeß der westlichen Politik bleibt aber die Frage, ob die Bundesregierung Schrittmacher oder Bremser sein wird. Schon deuten gewisse Anzeichen darauf hin, daß man in mehreren Hauptstädten des Westens Bonn und Paris als Hornschuh, als Bremser, zu betrachten beginnt. Es häufen sich auch die Mahnungen vor dem "Eigenwillen der Deutschen", und gelegentlich klingt bei Betrachtungen über die Deutschland-Politik mit dem Blick auf Bonn sogar ein Unterton des Mißtrauens mit. Wenn Bonn diese Entwicklung übersieht, wird man bald einen "Schuldigen" suchen; auch dort, wo seit Jahren Bonn als der sicherste Verbündete betrachtet wurde.

## Belgrad und der sowjetische Friedensvertrags-Vorschlag

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Sollten politische Kreise in den westlichen Hauptstädten erwartet haben, die ideologisch-zwischenstaatliche Auseinandersetzung Jugoslawiens mit dem Ostblock werde Belgrad zu einem prinzipiellen Abrücken von gewissen Vorstellungen der sowjetischer Aussenpolitik veranlassen, so wäre dies nur einmal mehr als eine Fehleinschätzung der jugoslawischen Aussenpolitik zu bewerten. Dies zeigt eine Note, mit der das jugoslawische Staatssekretariat für auswärtige Angelegenheiten offiziell auf den sowjetischen Friedensvertragsentwurf geantwortet hat.

Zwar hat sich die jugoslawische Regierung nicht vorbehaltlos auf alle Vorschläge festgelegt, die das sowjetische Projekt zur deutschen Frage aufzählt, wenngleich diese als ein "nützlicher Beitrag" und eine "positive Initiative" bewertet werden. An die Überzeugung jedoch, dass der baldige Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland möglich sein sollte, koppelt Belgrad die Voraussetzung, es werde dazu notwendig sein, dass sich West und Ost durch gegenseitige Konzessionen entgegenkommen.

Belgrad bestimmt die eigene Position durch die Überlegung, dass die Wiedervereinigung Deutschlands in erster Linie Sache der Deutschen selbst sei, wozu die Grossmächte allerdings ihr Möglichstes beitragen sollten. Belgrad hat ja bereits mit der Anerkennung Cathertins im Oktober 1957 zum Ausdruck gebracht, dass es die Existenz zweier deutscher Staaten als eine "politische Realität" ansieht. Selbst wenn die Jugoslawen heute im Zusammenhang mit dem Problem der deutschen Wiedervereinigung von einer "föderativen, konföderativen oder anderer ähnlichen Lösung auf demokratischer Grundlage" sprechen, so beweist dies nur eines. Man ist in Belgrad nicht einseitig gewillt, sich auf die Ulbricht'sche Konföderationsformel festlegen zu lassen, lehnt die Methode der Konföderation aber gleichfalls nicht ab.

Für die deutsche Aussenpolitik enthält die jugoslawische Stellungnahme einen wichtigen Hinweis; sie zeigt, dass es illusionär ist, man könne in irgendeiner osteuropäischen Hauptstadt, sei sie mehr oder minder weniger Moskau hörig, mit einem Einsatz für die deutsche Wiedervereinigung aus moralisch-menschlichen Aspekten rechnen. In diesen Kreisen wird man der Wiedervereinigung nur dann zustimmen, wenn sie gleichzeitig zur vermeintlichen eigenen bzw. europäischen Sicherheit beiträgt. Das jugoslawische Sicherheitsbedürfnis findet seinen konkreten Ausdruck in folgenden Minimalforderungen: Eine zukünftige gesamtdeutsche Armee habe zahlenmässig so begrenzt zu sein, dass sie nur zu Verteidigungszwecken dienen kann; Deutschland dürfe weder irgendwelche Kernwaffen besitzen, geschweige denn sie herstellen; ein wiedervereinigtes Deutschland müsse aus jeder militärischen Bündnisformation ausgegliedert werden.

Zu diesen militärischen Forderungen kommt eine geographisch-strategische hinzu: das Thema der zukünftigen deutschen Ostgrenze. Belgrad spricht eindeutig aus, dass der gegenwärtige Gebietsstand unverändert bleiben müsse und Gesamtdeutschland sich zu verpflichten hätte, diese Grenzen zu respektieren. Spätestens nach der jugoslawisch-polnischen Deklaration, die im September 1957 aus Anlass des Besuchs Gomulkas in Jugoslawien unterzeichnet worden ist, worin sich Jugoslawien feierlich für die Beibehaltung der Oder-Neisse-Linie als deutsch-polnischer Grenze aussprach, dürfte dieser Standpunkt kaum noch überraschen.

Sich selbst und Pankow überlassen

rn: Die Rumäniendeutschen, die in Siebenbürgen und im Banat das Überrollen durch die Rote Armee in einer Gesamtzahl von offiziell gezählten rund 400 000 überdauert hatten, befanden sich jahrelang in einer zwielichtigen Situation. Unter dem Druck der Sowjetunion hatte das Bukarester Regime den nationalen Minderheiten Rumäniens eine gewisse kulturelle Autonomie zu einer Zeit zugestehen müssen, wo es noch in den polnisch besetzten deutschen Ostgebieten und in der Tschechoslowakei nicht ratsam war, sich öffentlich als Deutscher zu bekennen oder auf der Strasse deutsch zu sprechen. Moskau sorgte sich bei den nationalen Minderheiten in Rumänien vor allem um die siebenbürgischen Ungarn, die man als Druckmittel und Störenfriede bei Bukarester "Abweichungen" von der Parteilinie benutzen konnte. Diese Politik des Kreml kam den Rumäniendeutschen zugute, obwohl sie ihnen auf lokaler oder gebietsweiser Ebene nicht immer helfen konnte, sich dem nationalen Druck der Rumänen zu erwehren.

Immerhin hat sich im Laufe der Jahre ein starkes deutsches Schulwesen entwickeln können, es gibt deutsche Theater und deutsche Kulturgruppen und auch ein deutsches Leitungswesen. Eine Anzahl der berühmten siebenbürgischen deutschen Mittelschüler hat sich sehr gut behauptet, sogar in Bukarest mit seinen 10 000 Deutschen gibt es ein deutsches kulturelles Leben. Was aber den Rumäniendeutschen fehlte und sich immer stärker als ein schweres kulturelles Manko herausstellte, war der Kontakt mit anderen Deutschen; trotz der vor Jahren zugestandenen politischen Gleichberechtigung - die sich in der Wahl von deutschen Abgeordneten in das rumänische Parlament und in die regionalen und lokalen Vertretungskörper äusserte - musste sich ein Ghetto-Dasein der Rumäniendeutschen zwangsläufig entwickeln. Pankow kümmerte sich bis vor kurzem weder um die Deutschen in Rumänien, noch um die Deutschen der deutschen Ostgebiete oder die Restdeutschen in der heutigen Tschechoslowakei. Das änderte sich erst, als die Umsiedlungen aus den deutschen Ostgebieten vor allem die Bundesrepublik zum Ziele hatten und diese offensichtlich jenseits des Eisernen Vorhanges eine ausgezeichnete fama bekam.

Pankow errichtete in den allerletzten Jahren nicht nur ein deutsches "Kulturzentrum" in Prag, sondern liess auch von offiziellen Delegationen die Deutschen in den deutschen Ostgebieten besuchen und

14. Februar 1959

erinnerte sich schließlich auch daran, daß es bei den Rumäniendeutschen eine "kulturelle Mission" zu erfüllen hätte. Das äußerte sich zuerst in der Weise, daß Werke rumäniendeutscher Dichter herausgegeben wurden, gegen die Bukarest nichts einzuwenden hatte. So sind Romane und Novellen von Erwin Wittstock und Oscar Walter Oizek erschienen und man hat die wissenschaftlichen Werke des süddeutschen Volkskundler Julius Bielsz gefordert. Bei dieser verlegerischen Tätigkeit handelte es sich um bekannte Namen, gegen die sich das Bukarester Regime schon deshalb nicht sperren konnte, weil es sich selbst ihrer bedient, wenn von der offiziellen Förderung der Deutschen die Rede ist.

Jetzt ist zwischen Bukarest und Pankow ein Plan für die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Rumänien und der DDR unterzeichnet worden, der sich auch auf den Austausch von Literatur und Wissenschaft zwischen der DDR und den Rumäniendeutschen bezieht. Bei dem Mangel an deutschen Büchern, vor allem an neuen Büchern, der in Rumänien herrscht, werden die Rumäniendeutschen auch zu diesen Büchern greifen und so unter den Einfluß einer Literatur geraten, die im Erscheinungsland nicht die erhoffte Wirkung zu erzielen vermag. Diese Auswirkung auf die Rumäniendeutschen muß zumindest als bedenklich bezeichnet werden, da diesen Deutschen wegen des vollständigen Fehlens jeder Vergleichsmöglichkeit auch nicht die notwendigen geistigen Abwehrkräfte zur Verfügung stehen.

Auf der anderen Seite will Pankow jene siebenbürgischen deutschen Schriftsteller fördern, die bereits unter dem Einfluß des Kommunismus herangewachsen sind und "zeitnahe" Romane und Novellen geschrieben haben. Unter dieser "jungen Garde" werden vor allem Georg Scherg und Paul Schuster genannt, die auch von den rumänischen Kommunisten gelobt werden. Auf wissenschaftlichem Gebiet soll die Arbeit an dem siebenbürgisch-sächsischen Wörterbuch, die bereits seit etwa 50 Jahren mit finanzieller Unterstützung aus Deutschland geleistet wurde, endlich ihre Fortsetzung finden. So sehr diese Arbeit zu begrüßen ist, so wenig können die Nachrichten aus Siebenbürgen befriedigen, daß sich die Volkskundler und Historiker in Siebenbürgen und dem Banat über Wunsch Bukarests um eine "neuere und modernere Deutung" der Geschichte der Rumäniendeutschen bemühen sollen. Auch das Niveau der in Bukarest herausgegebenen deutschen Tageszeitung "Der neue Weg" hat sich bisher nicht verbessern lassen, in seiner Nachrichten-gebung lebt es von ostzonalen Nachrichten.

14. Februar 1959

DRP mit Fackelzug

W.H. Der bevorstehende Landtagswahlkampf in Niedersachsen dürfte zu überaus harten Auseinandersetzungen führen. Dabei wird sich erweisen, daß die DRP mit allen Mitteln der Demagogie arbeitet. Vorbereitungen in verschiedenen Regierungsbezirken deuten das an.

Die heute noch mit 6 Abgeordneten im Landtag zu Hannover vertretene "Deutsche Reichspartei" hat kaum eine Chance, die Fünf-Prozent-Klausel zu überspringen. Dennoch geben ihre Lenker die Parole aus, daß "mit gemeintem Willen" auch diese Hürde zu nehmen sei.

Offenbar werden zur Stunde unter der Hand Geldsammlungen durchgeführt. Man tritt an Geschäftsleute heran, man appelliert an das "deutsche Herz". Dabei beziehen sich die Besucher auf die Reden ihrer Führer und auf Serien von Pamphleten, die in der Parteizeitung "Reichsruf" nun schon seit langem zum Verdruss erscheinen. Gerade dieses Organ jedoch genießt von einigen Kreisen der Wirtschaft auffallend Unterstützung durch völlig überflüssige Inserate - überflüssig deswegen, weil der "Reichsruf" selbst einmal in seinen Spalten wissen ließ:

"Wer im Reichsruf inseriert, verdient die besondere Aufmerksamkeit aller Leser. Weniger das Geschäftsinteresse, als vielmehr die gleiche politische Gesinnung und der Wille, den gemeinsamen Zielen zu dienen, sind für die Aufgaben von Werbeanzeigen maßgeblich..."

Über die Ziele der DRP und ihres Organs sollten keine Zweifel bestehen. In Niedersachsen kommt es diesem Vorcin der Unbelehrbaren darauf an, weiterhin im Landtag vertreten zu bleiben. Um dies zu erreichen, planen braune Maulwürfe eine sogenannte "Denkschrift", in der sie nachweisen wollen, daß die großen politischen Parteien des Landes "Reichsverderber" sind. Eine entsprechende Kundgebung als Auftakt ist in Göttingen geplant. Sie soll bezeichnenderweise mit einem Fackelzug eingeleitet oder abgeschlossen werden.

Man will den Wähler vor allem klarmachen, daß es "an der Zeit" sei, eine "Samlungsbewegung der Nationalen Rechten" zu gründen. Ehemalige SS- und Angehörige der verschiedenen Gliederungen der NSDAP sollen offensichtlich besonders umworben werden.

### Wetterleuchten über Persien

E.D. Wieder einmal sind östlich von Suez einige Würfel gefallen. Die im diplomatischen Dämmerlicht des Orients begonnenen russisch-persischen Verhandlungen sind jäh unter dem Theaterdonner Moskauer und Teheraner Erklärungen zusammengebrochen. Die Sowjetunion beschuldigte Persien der "Doppelzüngigkeit" und des "Verrats", Persien wiederum revanchierte sich mit Ausdrücken wie "Erpressung, Druck und Kanonenpolitik". Allem Anschein nach ist zumindest für einige Zeit das längst fällige Rearrangement im Mittleren Osten hinausgeschoben worden.

Die sofort bereitgestellten Sicherheitsgarantien der USA für das orientalische Mitglied des Bagdadpaktes klingen ihrem Ton nach etwas zu gequält, um über den jetzt entstandenen Zustand Freude ausdrücken zu können. Aber auch die Sowjetunion ist weit davon entfernt, sich nur in den Schmollwinkel gekränkter Aufrichtigkeit zurückziehen zu wollen. Dazu liegen die Dinge viel zu ernst. Selbst in der persischen Hauptstadt fragen viele Politiker, die der Regierung nahestehen, wer denn nun eigentlich die Verantwortung für das Scheitern der Verhandlungen trägt.

Interessant hierbei ist, dass die meisten von ihnen weder sowjetischem Druck noch amerikanischer Intervention die Schuld geben. Vielmehr glaubt man in diesen Kreisen zu wissen, dass am persischen Hof und innerhalb der Teheraner Regierung ein Machtkampf entbrannt ist, dem die Verhandlungen zwischen Persien und der Sowjetunion zum Opfer gefallen sind. Gewisse Gruppen, darunter auch Mitglieder der kaiserlichen Familie benutzen seit geraumer Zeit aussenpolitische Fragen, um ihre eigene Machtstellung festigen zu können. Dies geht so weit, dass selbst die Amerikaner über das Ausmass an Intrigen erschrocken sind und sich die bange Frage vorlegen, wie lange noch die innere und äusserere Stabilität des Landes gewährleistet ist, wenn die Spitzen der augenblicklichen Machträger sich in egoistischen Kavalen verzeteln.

Die Unruhe und die Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung ist ständig im Wachsen begriffen. Die Verhaftungen von Offizieren der Armee beweisen, dass selbst hier keine Sicherheit mehr gegeben ist. Umso mehr aber wäre es für den Staat und das Land wichtig, endlich einmal zu einem geordneten Verhältnis zu seinem nördlichen Nachbarn zu kommen. Selbst Washington hielt es für wichtig, dass diese Frage geklärt würde. Die USA haben kein Interesse, dass Persien sich zu einem neuen Hexenkessel im Mittleren Osten entwickelt, dessen Opfer nur Teheran selbst und im Gefolge der Wester sein könnte.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel